



# EXTRABLATT

aus dem Salzburger EU-Verbindungsbüro Brüssel

Nr. 3, Dezember 2004

EU-Verfassung - Unterzeichnung des Vertrages.....	1
NIZZA-Vertrag - Neue Stimmverteilung im Rat.....	1
Neue Europäische Kommission - Amtsantritt.....	3
Europäischer Rat vom 4. und 5. November 2004 in Brüssel.....	6
57. Plenartagung des Ausschusses der Regionen in Brüssel - Stellungnahme zu dem Vertrag über eine Verfassung für Europa.....	6
Dienstleistungsrichtlinie - Expertenanhörung im Europäischen Parlament.....	7
Umweltfreundliche Vergabe von öffentlichen Aufträgen.....	8
Besuch des Präsidiums EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein in Brüssel.....	8
Salzburg: Europaweit zweitniedrigste Arbeitslosigkeit und die niedrigste Frauenarbeitslosigkeit.....	9
Aktuelle Förderausschreibungen - Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen - Kofinanzierungsmöglichkeiten durch die EU.....	9
Publikationen.....	10
Internes.....	10

## EU-Verfassung - Unterzeichnung des Vertrages

Am 29. Oktober 2004 haben die Staats- und Regierungschefs der 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der drei Kandidatenländer Bulgarien, Rumänien und Türkei den Europäischen Verfassungsvertrag in Rom unterzeichnet. Nun müssen die 25 EU-Mitgliedstaaten den Verfassungsvertrag zwischen Ende 2004 und Sommer 2006 ratifizieren, damit er am 1. November 2006 in Kraft treten kann. Litauen hat den Verfassungsvertrag als erster Mitgliedstaat am 11. November 2004 ratifiziert. In 10 Mitgliedstaaten wird eine Volksabstimmung abgehalten werden. In Dänemark, Frankreich, Irland, Spanien, der Tschechischen Republik, dem Vereinigten Königreich und für den Fall von mehr als 50% Beteiligung auch in Portugal wird das Ergebnis des Referendums für die Regierungen bindende Wirkung haben.

Der vollständige Verfassungstext ist abrufbar unter:

[http://europa.eu.int/constitution/constitution\\_de.htm](http://europa.eu.int/constitution/constitution_de.htm)

Über den aktuellen Stand des Ratifizierungsprozesses in den EU-Mitgliedstaaten informiert Sie ein neues EU-Portal:

[http://europa.eu.int/futurum/ratification\\_en.htm](http://europa.eu.int/futurum/ratification_en.htm)

## NIZZA-Vertrag - Neue Stimmverteilung im Rat

Bis der am 29. Oktober 2004 von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnete Verfassungsvertrag in Kraft tritt - vorgesehen mit 1. November 2006 - gilt der Vertrag von Nizza (seit 1. Februar 2003). Die neue Stimmverteilung im Rat, definiert durch den Nizza-Vertrag, trat mit dem ursprünglich geplanten Amtsantritt der neuen Europäischen Kommission am 1. November 2004 in Kraft. Dadurch ändern sich die Mehrheits- und Blockademöglichkeiten im Rat, die künftig bei strittigen Dossiers zu anderen taktischen Überlegungen zwingen können.

Der Vertrag von Nizza sieht eine Ausweitung der Stimmen im Rat zwischen 3 bis 29 Stimmen pro Mitgliedstaat vor. Gleichzeitig wird jedoch auch die Mehrheitsschwelle erhöht. Eine qualifizierte Mehrheit wird in der EU-25 erst bei 232 von insgesamt 321 Stimmen erreicht, d.h. die Schwelle liegt bereits bei 72,27% der Gesamtstimmzahl (siehe Tabelle unten).

Mit dem 1. November 2004 trat ebenso die „dreifache Mehrheit“ des Nizza-Vertrags in Kraft. Danach kann bei Mehrheitsentscheidungen der gewichteten Stimmen (232) auf Antrag eines Mitgliedstaates als drittes Erfordernis das Bevölkerungsquorum angerufen werden, nach dem die Mehrheit mindestens 62%



der Unionsbevölkerung repräsentieren muss. Davon profitieren vor allem bevölkerungsstarke Mitgliedstaaten, wie Deutschland, Frankreich oder auch Polen. Insgesamt werden potenzielle Mehrheitskoalitionen und Blockadekoalitionen (nötige Stimmzahl 89) schwieriger. Daher wird es umso wichtiger, für Österreich Verbündete zu finden.

### Stimmgewicht in der EU-25 nach Nizza

<i>Mitgliedstaat</i>	<i>Anzahl der Stimmen nach Nizza</i>	<i>Bevölkerungsanteil in %</i>
Deutschland	29	18,20
Frankreich	29	13,16
Großbritannien	29	13,04
Italien	29	12,46
Spanien	27	08,98
Polen	27	08,52
Niederlande	13	03,57
Griechenland	12	02,43
Portugal	12	02,30
Belgien	12	02,28
Ungarn	12	02,24
Tschechische Republik	12	02,24
<b>Österreich</b>	<b>10</b>	<b>01,80</b>
Schweden	10	01,97
Dänemark	07	01,19
Irland	07	00,87
Litauen	07	00,76
Slowakische Republik	07	01,19
Finnland	07	01,15
Lettland	04	00,51
Slowenien	04	00,44
Estland	04	00,30
Luxemburg	04	00,10
Zypern	04	00,16
Malta	04	00,09

### Mögliche (Mehrheits-) Koalitionen nach Nizza

	<i>Anzahl der Stimmen</i>	<i>% der Stimmen</i>	<i>% der Bevölkerung</i>	<i>Anzahl der Staaten</i>
<b>Anzahl der Gesamtstimmen</b>	<b>321</b>			25
<b>Qualifizierte Mehrheit</b>	<b>232</b>	72,30	62,00	13
<b>Sperrminorität</b>	<b>&gt;89</b>	<b>&gt;27,7</b>	<b>&gt;38,00</b>	<b>&gt;12</b>
Potenzielle Koalitionen:				
Eurogruppe 12 <sup>1</sup>	191	59,50	67,36	12
EWG-Gründer <sup>2</sup>	116	36,10	50	06
„die Großen“ <sup>3</sup>	170	52,96	74,60	06
„die Kleinen“ <sup>4</sup>	152	47,00	25,40	19
Die Alten (EU-15) <sup>5</sup>	237	73,80	83,30	15
Die Neuen (10 MS) <sup>6</sup>	84	26,20	16,70	10

<sup>1</sup> EUROGRUPPE: DE, FR, IT, ES, NL, EL, PT, BE, AT, FI, IE, LU

<sup>2</sup> EWG-GRÜNDER: DE, FR, IT, Benelux (NL, BE, LU)

<sup>3</sup> „die Großen“: DE, FR, UK, IT, ES, PL

<sup>4</sup> „die Kleinen“: NL, EL, PT, BE, HU, CZ, AT, SE, DK, IE, LT, SI, FI, LV, EE, SK, LU, CY, MT

<sup>5</sup> Die Alten = EU-15: DE, FR, UK, IT, ES, NL, EL, DK, PT, BE, AT, FI, IE, LU, SE

<sup>6</sup> Die Neuen: PL, HU, CZ, SK, LT, SI, LV, EE, CY, MT



## Neue Europäische Kommission - Amtsantritt

Am 4. November 2004 hat der designierte Präsident der Kommission *José Manuel Barroso* dem Europäischen Rat sein leicht umgebildetes Kommissionsteam vorgestellt. Folgende Änderungen des ursprünglich vorgeschlagenen Kollegiums wurden durchgeführt: Der designierte ungarische Kommissar *Laszlo Kovacs* erhielt das Ressort Steuern und Zollunion statt dem ursprünglich vorgesehenen Energieressort. *Herr Andris Piebalgs*, langjähriger EU-Botschafter Lettlands und zuletzt Kabinettschef der lettischen Kommissarin *Sandra Kalniete* übernimmt statt *Ingrida Udre* den lettischen Kommissionssitz und wird neuer designierter Energiekommissar. Kommissar *Buttiglione* wurde durch den italienischen Außenminister *Franco Frattini* ersetzt.

Die Anhörungen von *Kovacs*, *Piebalgs* und *Frattini* fanden am 15. und 16. November 2004 im Rahmen der Plenartagung des Europäischen Parlaments in Straßburg statt. Am 18. November 2004 stimmte das Europäische Parlament (449 Ja-Stimmen; 129 Nein-Stimmen; 82 Enthaltungen) über die neue Kommission ab und nahm die Barroso-Kommission 2004-2009 formell an. Am Montag, dem 22. November hat das neue Kommissionsteam mit drei wöchiger Verspätung seine Arbeit aufgenommen.

Anbei ein Auszug der inhaltlichen Prioritäten der neuen Kommissare, welche für das Bundesland Salzburg von besonderer Bedeutung sind (nicht abschließend):

**Jacques BARROT**, Frankreich, Transport

Für den EU-Verkehrskommissar stehen folgende Schwerpunktthemen im Vordergrund:

- Entwicklung der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN): Um den Zielsetzungen von Kyoto gerecht zu werden, müsse der Schiene wieder größere Bedeutung beigemessen werden, wozu die Entwicklung der TEN einen guten Ansatz leistet
- Die nachhaltige Entwicklung im Verkehrssektor sowie die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Verkehrsträger in Europa: Verkehrssicherheit und Halbierung der Zahl an Verkehrstoten auf den europäischen Strassen bis 2010; mehr Kontrollen und Sanktionen sind notwendig sowie die Vertiefung der gerichtlichen und polizeilichen Zusammenarbeit
- Rasche Beschlussfassung im Dossier Eurovignettenrichtlinie, jedoch ohne Verwässerung des ursprünglichen Kommissionsvorschlages aus dem Jahre 2003

**Stavros DIMAS**, Griechenland, Umwelt

Bei der Anhörung des Umweltkommissars *Stavros Dimas* aus Griechenland vor dem Umweltausschuss des Europäischen Parlaments wurden folgende Schwerpunktthemen diskutiert:

- Erfüllung des Kyotoziels: *Dimas* will die führende Rolle Europas bei Fragen des Klimawandels und bei der Bekämpfung von Gesundheitsgefahren infolge von Umweltverschmutzung beibehalten
- Bedeutung der Biodiversität sowie der Nachhaltigkeit (z.B. alternative Brennstoffe)
- REACH-Verordnung: der designierte Umweltkommissar möchte den Kerninhalt des Kommissionsvorschlages nicht verändern
- Überarbeitung der Abfallrahmenrichtlinie geplant

**Benita FERRERO-WALDNER**, Österreich, Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik

Die EU-Kommissarin *Benita Ferrero-Waldner* möchte die Wirksamkeit der europäischen Außenpolitik durch mehr Kohärenz und Koordination stärken und sieht die EU als steten Bezugspunkt für mehr Stabilität, Demokratie und Menschenrechte in der Welt.

Schwerpunktthemen:

- Konfliktprävention und ziviles Krisenmanagement
- Stärkung des effektiven Multilateralismus
- Bekämpfung des Hungers und der Armut



- Ferrero-Waldner forderte langfristig einen ständigen Sitz der Europäischen Union im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, einem Organ, das ihres Erachtens nach in der heutigen Welt nicht mehr der Wirklichkeit entspricht
- Vertiefung der europäischen Nachbarschaftspolitik

**Jan FIGEL**, Slowakei, Allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Mehrsprachigkeit

Schwerpunkthemen:

- Maßnahmen im Bereich der Bildung, um die Lissabon Ziele zu erreichen und ökonomisches Wachstum zu erzielen => verstärkte und bessere Investitionen in die Bildung, um die Wirtschaft und das Zusammenleben in Europa zu fördern
- Europaweite Anerkennung von Bildung/Diplomen bzw. fachlicher Qualifikation (z.B. durch SOKRATES, LEONARDO, ERASMUS)
- Der Kommissar beabsichtigt die Ausgaben im Bildungssektor um 300% aufzustocken und auch die ERASMUS-Stipendien von 150 auf 250 Euro pro Monat zu erhöhen. Zudem sollen die Verfahren, um die finanzielle Unterstützung der EU zu erhalten vereinfacht werden; Zielvorgabe für das Jahr 2011: 3 Millionen Erasmus-studenten
- Das LEONARDO DA VINCI Programm stellt 150.000 Ausbildungsplätze zur Verfügung und bis 2015 werden 25.000 Erwachsene vom Erwachsenenbildungsprogramm GRUNDTVIG profitieren können
- Kultur: Schlüsselrolle im europäischen Integrationsprozess: Kultur und Bildung sind zentrale Aspekte der europäischen Identität, Bürgerschaft und Lebensqualität.

**Else Mariann FISCHER BOEL**, Dänemark, Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung

Die neue dänische EU-Landwirtschaftskommissarin unterstrich die zentrale Rolle der Landwirtschaft in Europa und hob folgende für sie entscheidende Schwerpunkte hervor:

- Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist ein Eckpfeiler des Aufbauwerks der Union. Eine Renationalisierung in diesem Bereich lehnt die designierte Kommissarin eindeutig ab. Allerdings bedarf es einer stärkeren Konzentration auf die gemeinsamen Ziele
- Ein Hauptanliegen ist es, dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung im ländlichen Raum bleibt – das „Leader“-Programm bietet dazu hervorragende Elemente. Auch die Einkommen im ländlichen Raum sind zu stärken. Junge Landwirte haben in der Gründungsphase die Möglichkeit, Unterstützung zu beziehen
- Die GAP-Reform bzw. der erwähnte Entkoppelungsmechanismus bringen eine Regelvereinfachung. Im Jahr 2009 sollen die Auswirkungen der GAP-Reform bewertet werden. Falls notwendig, wird es danach Änderungen geben
- Ziel muss es auch sein, mit sehr guter Information gegenüber den Medien und der Öffentlichkeit dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung besser über die eigentliche EU-Arbeit bzw. die tatsächlichen Entwicklungen im Bereich Landwirtschaft und ländliche Entwicklung Bescheid weiß
- Gefragt nach ihrer Haltung zum Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen/GVO in Europa betont die designierte Kommissarin, dass dafür zwar ihr Kollege *Markos Kyprianou* zuständig sein wird. Als ihre persönliche Haltung bringt sie aber zum Ausdruck, dass die Konzentration so niedrig wie möglich sein soll, um ökologische Landwirtschaft langfristig sicherzustellen, wemgleich zu diesem Thema verschiedenste Interessen abzuwägen sind. Die Haltungen zum Thema GVO sind im künftigen Kommissionskollegium noch nicht abgestimmt

**Danuta HÜBNER**, Polen - Regionalpolitik

Schwerpunkthemen:

- Abschluss der Programme der Periode 1994-1999 sowie Beendigung des Programmzeitraums 2000-2006
- Vorbereitung eines flexiblen Übergangs zur nächsten Förderperiode ab 2007. Die von der alten EU-Kommission vorgelegten Vorschläge zur künftigen Regionalpolitik werden voll unterstützt
- Hübner hat sich zum Ziel gesetzt, die Qualität, die Effizienz und die Transparenz in der europäischen Regionalpolitik zu steigern, damit die Bürger Europa besser verstehen.

**Andris PIEBALGS**, Lettland, Energie



Der neue Energiekommissar weist auf folgende Themenschwerpunkte seiner Energiepolitik hin:

- Wettbewerbsfähigkeit (Liberalisierung des Energiemarktes) und internationale Dimension
- Förderung von erneuerbaren Energien
- Nukleare Sicherheit

**Dalia GRYBAUSKAITE**, Litauen, Finanzen und Haushalt

Schwerpunkthemen:

- Größerer Flexibilität im Gebrauch der Gemeinschaftsfonds
- Anpassung des EU-Budgets an neue Gegebenheiten (=> Erweiterung: Kohäsionspolitik; Landwirtschaftspolitik etc.)
- Budget als Katalysator für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt
- Schneller und nachhaltiger wirtschaftliches Wachstum als eine Priorität für eine erweiterte Union

**Markos KYPRIANOU**, Zypern, Gesundheit und Verbraucherschutz

Der neue EU-Kommissar will mit dem öffentlichen Gesundheitswesen bzw. seinem Bemühen um bessere Maßnahmen und Bedingungen für die Gesundheit aller insbesondere auch den sog. Lissabon-Zielen für ein wettbewerbsfähigeres Europa gerecht werden, und die ungleichen Bedingungen im Bereich Gesundheit in den Mitgliedstaaten selbst bzw. zwischen den Mitgliedstaaten seien aufzuheben.

Schwerpunkthemen:

- Auf die Sicherheit von Nahrungsmitteln – etwa mit besonderem Augenmerk auf die Gefahren von sog. unzulänglichen Nahrungsmitteln und Getränken sowie Nikotin – setzen sowie das Vertrauen der Bevölkerung stärken. Lebensmittel sollten nicht nur sicher, sondern v. a. auch gesund sein. Diesbezüglich muss Transparenz durch die Politik vorherrschen
- Auch die Jugend sei vor den schädlichen Folgen des Tabak- oder Alkoholkonsums und der Fettleibigkeit zu schützen. Eine intensivere Zusammenarbeit auf EU-Ebene ist im Sinne des „europäischen Mehrwerts“ in vielen Gebieten wünschenswert und notwendig
- Den Verbraucherschutz betreffend, will Kommissar Kyprianou die Information gegenüber den Verbrauchern verbessern. Im Rahmen der verbesserten Konsumenteninformation will er die Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungs-Organisationen verstärken

**Charlie McCREEVY**, Irland, Binnenmarkt und Dienstleistungen

Der Binnenmarkt-Kommissar will die Zielsetzungen der Binnenmarkt-Strategie 2003 - 2006 forcieren.

Schwerpunkthemen:

- Ziel ist es, die Kluft zwischen der Politik für der Binnenmarkt und der Verbraucherpolitik zu reduzieren bzw. zu überwinden und zu einem Binnenmarkt beizutragen, in dem Qualität zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten wird
- Die Marktliberalisierung liegt im Interesse der Verbraucher. Für die Besteuerung seien ausschließlich die Mitgliedstaaten zuständig
- Die umstrittene, auf dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung beruhende Richtlinie für Dienstleistungen soll rasch angenommen werden
- Die transatlantischen Beziehungen v. a. mit den USA, aber auch Japan, China und Indien sollen gestärkt werden

**Janez POTOČNIK**, Slowenien, Wissenschaft und Forschung

Schwerpunkthemen:

- Die Rolle der EU als globaler Akteur im wissenschaftlichen Bereich müsse gestärkt werden und die Wissenschaft der Bevölkerung näher gebracht werden => Verkürzung der Kluft zwischen Wissenschaft und den Bürgern
- Volle und angemessene Integration der neuen EU-Mitgliedstaaten



- Intensivere Einbeziehung der KMU in die Forschung (7. Rahmenprogramm für Forschung)
- Stärkung der Rolle der Frauen und jungen Wissenschaftler in der Forschung und gleichzeitig Verbesserung der Bedingungen für die Forscher
- Verdoppelung des Forschungsbudgets der EU für das siebente Forschungs- und Entwicklungsprogramm
- Schaffung von Technologieplattformen zur Optimierung von Forschung und Innovation, Verstärkung der Instrumente um den „kleinen Mitgliedstaaten“ bzw. Forschungsteams ausreichend Zugang zu den Finanzmitteln der Union zu ermöglichen

Bildergalerie:

[http://www.europa.eu.int/comm/commission\\_barroso/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/commission_barroso/index_de.htm)

[http://www.europarl.eu.int/hearings/commission/2004\\_comm/default\\_en.htm](http://www.europarl.eu.int/hearings/commission/2004_comm/default_en.htm)

Einen Überblick zur EU-Kommission 2004-2009 mit Bezug für die bedeutenden Ressorts für das Land Salzburg können Sie unter GZ: B-XXXII/177 anfordern

## Europäischer Rat vom 4. und 5. November 2004 in Brüssel

Das erste der beiden Ratstreffen unter niederländischem Ratsvorsitz wurde am 4. und 5. November 2004 in Brüssel abgehalten. Die Staats- und Regierungschefs haben unter anderem die Entwicklung einheitlicher europäischer Asylregeln bis zum Jahre 2010 vereinbart. Ein weiteres wichtiges Thema war der so genannte Kok-Bericht zur Halbzeitüberprüfung der Agenda von Lissabon sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Kommunikation der EU (mehr Bürgernähe!). Die zweite Ratstagung mit Schwerpunkt Türkeibeitritt zur Europäischen Union ist für den 16. und 17. Dezember 2004 in Brüssel angesetzt. Wir werden darüber ausführlich im nächsten Extrablatt berichten.

Den gesamten Text der Schlussfolgerungen des Rates können Sie abrufen unter:

<http://www.europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=DOC/04/5&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## 57. Plenartagung des Ausschusses der Regionen in Brüssel - Stellungnahme zu dem Vertrag über eine Verfassung für Europa

Im Rahmen der 57. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) am 17. und 18. November 2004 in Brüssel wurde die vom Beauftragen des Landes Salzburg, *Franz Schausberger*, und *Herrn Lord Graham Tope*, Mitglied der Gebietskörperschaft Großraum London, ausgearbeitete Stellungnahme zu dem Vertrag über eine Verfassung für Europa mit großer Mehrheit angenommen. Der Ausschuss der Regionen ist die erste Europäische Institution, welche sich formell – auf Einladung des Europäischen Parlaments – zum Verfassungsvertrag äußert.

Die Kernaussagen der Stellungnahme lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- durch die stärkere Anerkennung der lokalen und regionalen Dimension innerhalb der neuen Architektur der Union lassen sich sowohl die Effizienz als auch ihre Bürgernähe verbessern: die EU-Integration sollte einen Entscheidungsfindungsprozess mit sich bringen, bei dem die Standpunkte der lokalen und regionalen Regierungs- und Verwaltungsebene berücksichtigt werden
- den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften muss die Möglichkeit gegeben werden, zu beweisen, dass sie gemäß den jeweiligen innerstaatlichen Bestimmungen die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen ausreichend erreichen können, bevor bzw. ohne dass die EU rechtssetzend tätig wird
- die Mitgliedstaaten müssen intern die entsprechenden Strukturen und Mechanismen für die Einbindung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften schaffen und die regionale Beteiligung auch bei der Neuregelung der Ratsformationen gewährleisten
- eine umfassendere Anhörung in der prälegislativen Phase durch die Kommission wird gefordert
- die Forderung des Vertrages, dass die Europäische Kommission vor der Unterbreitung von Legislativvorschlägen deren finanzielle und administrative Auswirkungen prüfen muss, wird



unterstützt; das Europäische Parlament wird ersucht, die Auswirkungen seiner Abänderungen zu Legislativvorschlägen in ähnlicher Weise zu berücksichtigen

- es wird eine Rechtsgrundlage für die grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit gefordert
- das Europäische Parlament, die nationalen sowie regionalen Parlamente werden aufgerufen, die Verfassung gemäß der internen verfassungsmäßigen Strukturen zu ratifizieren
- in den Staaten, wo sich die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines Referendums für die Verfassung entscheiden, werden diese aufgefordert, die Verfassung zu billigen

Am 25. November 2004 stellte *Franz Schausberger* den AdR-Bericht im Rahmen der Ausschusssitzung für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments in Brüssel vor. Die Europa-Abgeordneten hoben den klaren und prägnanten Charakter der AdR-Stellungnahme hervor. Der Berichterstatter des Europäischen Parlaments für eine Verfassung für Europa, *Ilígio Mendes De Vigo* sieht in dem Bericht des Ausschusses der Regionen ein „Example“ für die EP-Stellungnahme. Der Vorsitzende der Fachkommission, *Jo Leinen* erklärte, dass die Zusammenarbeit zwischen dem AdR und dem EP in Zukunft weiterhin forciert werden soll.

Pressemitteilung zur Annahme des Berichtes über eine Verfassung für Europa unter:

[http://www.cor.eu.int/de/press/press\\_04\\_11105.html](http://www.cor.eu.int/de/press/press_04_11105.html)

Die endgültige Stellungnahme erhalten Sie auf

<http://www.toad.cor.eu.int/CORViewDoc.aspx>

Bericht zur EP-Ausschuss-Sitzung können Sie bei uns anfordern GZ: B-VII/10/1

Information zur 57. Plenartagung des AdR:

<http://www.toad.cor.eu.int/CORConvocation.aspx?body=plen&date=17112004>

Näheres zum Ausschuss der Regionen unter:

<http://www.cor.eu.int/de/index.htm>

## Dienstleistungsrichtlinie - Expertenanhörung im Europäischen Parlament

Am 11. November 2004 organisierte der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten eine ganztägige Anhörung zum Kommissionsentwurf für eine Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt („Bolkestein-Richtlinie“). Hauptziel des Richtlinienentwurfs vom 25. Februar 2004: Abbau der Hindernisse beim freien Dienstleistungsverkehr. Der Dienstleistungssektor umfasst zwischen 50% und 70% des BIP der Europäischen Union und trägt im Bereich der Beschäftigung ca. 60% bis 70% bei. Die Entwicklung des Dienstleistungssektors wird jedoch nach wie vor durch eine Vielzahl von Hemmnissen behindert und dies wirkt sich nach Ansicht der EU-Kommission negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union aus.

Auch wenn der Meinungs austausch die Komplexität der Herausforderungen und der oft widersprüchlichen Meinungen bestätigte, wurde der Richtlinienentwurf der Kommission von keinem der anwesenden Vertreter (z. B. Vertreter aus dem Sozial- und Gesundheitssektor, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Verbraucherschutzorganisationen, Vertreter der freien Berufe, Repräsentanten der kleinen und mittleren Unternehmen) grundsätzlich in Frage gestellt. Artikel 16 gilt sicherlich als der umstrittenste Punkt des Richtlinienentwurfs.

Das im Artikel 16 enthaltene Herkunftsprinzip legt fest, dass Dienstleistungserbringer nur den Bestimmungen ihres Herkunftslands unterliegen. Auch wenn es lediglich auf den freien Dienstleistungsverkehr Anwendung findet, nicht jedoch auf die Freiheit sich dauerhaft zur Dienstleistungserbringung in einem anderen Land niederzulassen, stellt das Herkunftslandprinzip den zentralen Punkt des Richtlinienentwurfs dar und zählt damit auch zu den am heftigsten diskutierten und kontroversen Elementen des Richtlinienentwurfs. Am häufigsten – insbesondere von den Vertretern des Gesundheitssektors, den Gewerkschaften sowie den Verbraucherschutzorganisationen – wird befürchtet, dass dies einen Verlust von Qualitätsstandards, die im Falle der Richtlinienumsetzung nicht mehr verbindlich vorgeschrieben werden können, mit sich bringt. Die Vertreter der freien Berufe sehen im Artikel 16 ein Einfallstor, das ein Unterlaufen der nationalen Standards ermöglicht.



Anfang 2005 wird die Berichterstatterin *Evelyne Gebhardt* (SPE, D), Mitglied im Binnenmarktausschuss, ihren Berichtsentswurf vorlegen. Die erste Lesung im Parlament könnte Mitte 2005 stattfinden. Das Verbindungsbüro wird Sie über weitere Entwicklungen in diesem Bereich informieren.

Der Richtlinienentwurf der EU-Kommission ist abrufbar unter:

[http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2004/com2004\\_0002de02.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2004/com2004_0002de02.pdf)

Alle Stellungnahmen/Expertenbeiträge der Anhörung des EP zur EU-Dienstleistungsrichtlinie finden Sie unter:

[http://www.europarl.eu.int/hearings/20041111/imco/contributions\\_en.htm](http://www.europarl.eu.int/hearings/20041111/imco/contributions_en.htm)

## Umweltfreundliche Vergabe von öffentlichen Aufträgen

Etwa 16% des BIP der EU werden für das öffentliche Auftragswesen jährlich aufgewendet. Werden ökologisch unbedenkliche Waren, Dienstleistungen und Bauleistungen beschafft, trägt dies zu einer nachhaltigen Entwicklung der EU bei. Seit 31. März 2004 besteht die gesetzliche Möglichkeit, Umweltbelange in das Beschaffungsverfahren aufzunehmen. Am 18. August 2004 nahm die Europäische Kommission (federführend GD Umwelt und GD Binnenmarkt) ein Arbeitsdokument zum ökologischen Auftragswesen in Form eines Handbuchs für ein umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen an.

In klarer, nicht technischer Sprache wird erklärt, wie öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser und nationale und lokale Verwaltungen bei der Beschaffung von Gütern, Dienstleistungen und Bauleistungen Umweltbelangen Rechnung tragen können. Das Handbuch enthält vor allem praxisbezogene Leitlinien für bewährte Methoden und Ratschläge für sämtliche Abschnitte einer öffentlichen Ausschreibung. Vorwiegend geht es um das Interesse des Umweltschutzes.

Durch ein umweltorientiertes Beschaffungswesen wird die Nachfrage nach umweltfreundlichen Waren sowie eine umweltbewusste Produktion gesteigert. In Folge werden umweltfreundliche Technologien den europäischen Binnenmarkt erobern. Außerdem kommt es zu einer effizienten Verwendung von Energie und Ressourcen.

Am 29. Oktober 2004 veranstalteten die beiden angesprochenen Generaldirektionen der Europäischen Kommission eine ganztägige Informationskonferenz zum Thema umweltfreundliche Beschaffung. Als Eröffnungsrednerin sprach Frau Kommissarin *Margot Wallström*. Danach wurden einzelne gute Beispiele aus Schweden, Großbritannien und Österreich im Bereich der umweltorientierten Beschaffung vorgestellt: z.B. Ökoleitfaden im Land Vorarlberg,

[www.umweltverband.at/pdf/foekolityfaden/intern/bau/bau0M0.pdf](http://www.umweltverband.at/pdf/foekolityfaden/intern/bau/bau0M0.pdf)

Das Handbuch ist derzeit nur in englischer Sprache erhältlich. Mitte 2005 wird es in 20 EU-Sprachen zur Verfügung stehen.

[www.europa.eu.int/comm/environment/gpp/index.htm](http://www.europa.eu.int/comm/environment/gpp/index.htm)

Umweltinformationen zu etwa 100 Produkten und DL finden sich online:

[www.europa.eu.int/comm/environment/green\\_purchasing/cfm/fo/grenpurchasing/index.cfm](http://www.europa.eu.int/comm/environment/green_purchasing/cfm/fo/grenpurchasing/index.cfm)

Das Protokoll über diese Konferenz können Sie gerne anfordern unter:

GZ: B-XIX/57

## Besuch des Präsidiums EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein in Brüssel

Am 16. und 17. November 2004 besuchte das Präsidium der EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein unter der Leitung von *Präsident Hermann Steinmaßl* die Hauptstadt Europas. Im Rahmen ihres zweitägigen Arbeitsbesuches erfuhren die Mitglieder näheres über die Aufgaben und Dienstleistungen des Verbindungsbüros Salzburg zur Europäischen Union sowie der Vertretung des Freistaates Bayern zur EU. Am ersten Tag des Informationsbesuches wurden Vorträge von EU-Kommissionsbeamten u. a. zu den Themen Kohäsionspolitik, ländliche Entwicklung, genetisch veränderte Organismen und Transeuropäische Netze im Verbindungsbüro Salzburg zur EU gehalten. Im Anschluss fand ein gemeinsames Treffen mit dem bayrischen Europaminister *Eberhard Sinner* statt. Am zweiten Tag des EuRegio-Arbeitsbesuches wurde in den Räumlichkeiten der bayrischen Vertretung die Präsidiums-Sitzung





abgehalten, an der auch der Salzburger Bürgermeister *Heinz Schaden* (auch Mitglied im Ausschuss der Regionen) teilnahm. Der Besuch des Ausschusses der Regionen (AdR) und die Anhörung und Annahme der Stellungnahme zur Verfassung von Herrn *Franz Schausberger*, Beauftragter des Landes Salzburg, stellten einen weiteren wichtigen Tagesordnungspunkt dar.

## Salzburg: Europaweit zweitniedrigste Arbeitslosigkeit und die niedrigste Frauenarbeitslosigkeit

Eine Untersuchung des EU-Statistikamts EUROSTAT hat ergeben, dass unter den 254 Regionen in der Europäischen Union Salzburg mit 2,3 Prozent hinter der Südtiroler Region Bozen (2,0 Prozent) die niedrigste Arbeitslosigkeit und von allen 254 untersuchten EU-Regionen die niedrigste Frauenerwerbslosigkeit aufweist.

Nähere Informationen dazu finden Sie unter:

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/04/133&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Landeskorrespondenz zur Arbeitslosigkeit finden Sie unter:

<http://www.salzburg.gv.at/lkorr-meldung?nachrid=33316>

## Aktuelle Förderausschreibungen - Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen - Kofinanzierungsmöglichkeiten durch die EU

### Förderprogramm „Integration und Stärkung des Europäischen Forschungsraums“ (2002 – 2006)- Politikorientierte Forschung 4. Ausschreibung

Im Rahmen dieser Ausschreibung werden zum Thema „Wissenschaftliche Unterstützung und Politik“ spezielle Tätigkeiten gefördert, die sich auf politikorientierte Forschung zur Unterstützung von Politiken für den künftigen Wissenschafts- und Technologiebedarf erstrecken (z. B. nachhaltiges Management der natürlichen Ressourcen, Gesundheit, Sicherheit, Chancen für die Bevölkerung etc.).

Das Gesamtbudget beträgt 77,8 Millionen €.

Einreichfrist für Projektvorschläge: 1. Februar 2005, 17:00 Uhr Ortszeit, Brüssel.

Nationale Ansprechpartner finden sich unter

<http://www.bit.ac.at/support/Ansprechpersonen.htm>.

Nähere Informationen zur Aufforderung sowie die Einreichunterlagen finden Sie unter:

[http://fp6.cordis.lu/fp6/call\\_details.cfm?CALL\\_ID=173](http://fp6.cordis.lu/fp6/call_details.cfm?CALL_ID=173)

### Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen: Förderung von Informationsmaßnahmen im Bereich der gemeinsamen Agrarpolitik für das Jahr 2005

Prioritäre Maßnahmen für 2005:

Gefördert werden Informationsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Qualität europäischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die Art und Weise in der die gemeinsame Agrarpolitik und die gemeinsame Marktorganisationen die Einbeziehung ökologischer Anforderungen in die GAP unterstützen sowie der Gewährleistung und stetigen Verbesserung von Qualitätserzeugnissen.

Zielgruppe:

- Agrar- und Nahrungsmittelwirtschaft in Europa, einschließlich Verbrauchern sowie
- die breite Öffentlichkeit.

Aktionsprogramm und punktuelle Maßnahmen müssen zwischen dem 1. Juli 2005 und 30. Juni 2006 umgesetzt werden (einschließlich Vorbereitung, Durchführung, Nachbereitung und Bewertung). Der Antrag ist in einfacher Ausfertigung per Einschreiben mit Rückschein bis spätestens 17. Jänner 2005 an



das Referat AGRI B.1 der Europäischen Kommission zu senden. Gleichzeitig ist spätestens am 17. Jänner 2005, 24:00 Uhr MEZ eine identische Kopie des Antrages auf elektronischem Wege an [agri-grants@cec.eu.int](mailto:agri-grants@cec.eu.int) zu übermitteln.

Nähere Details zu diesem Aufruf finden Sie:

[http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2004/c\\_267/c\\_26720041030de00130022.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2004/c_267/c_26720041030de00130022.pdf)

Die Antragsformulare erhalten Sie als Download unter:

[http://europa.eu.int/comm/agriculture/grants/capinfo/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/agriculture/grants/capinfo/index_de.htm)

### **Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für indirekte FTE-Maßnahmen**

Die Europäische Kommission hat eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für indirekte FTE-Maßnahmen im Rahmen des spezifischen Programms für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration „Ausgestaltung des Europäischen Forschungsraums“ (2002-2006) veröffentlicht. Natürliche und juristische Personen können Vorschläge für indirekte FTE-Maßnahmen im Bereich grenzüberschreitender Zugang, Integrationsmaßnahmen und Begleitmaßnahmen einreichen.

Die gesamte Mittelzuweisung für den Forschungsinfrastrukturbereich beträgt 145 Mio. €. Dieser Betrag teilt sich auf in: 17 Mio. € für den grenzüberschreitenden Zugang, 126 Mio. € für Integrationsmaßnahmen und 2 Mio. für Begleitmaßnahmen.

Außerdem werden Fördermittel für den Ausbau des wirtschaftlichen und technologischen Wissens ausgeschüttet. Dafür steht ein Gesamtförderbetrag von 22 Mio. € zur Verfügung. Die Einreichfrist endet mit 10. Februar 2005.

Im Bereich der Unternehmensinnovationen (Vernetzung von Hauptakteuren und Nutzern) stehen 20 Mio. € an Fördermitteln über eine Laufzeit von 24-36 Monaten zur Verfügung. Diese Frist endet am 27. Jänner 2005.

Die Aufforderung zur Einreichung ist abrufbar unter:

[http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2004/c\\_268/c\\_26820041104de00140016.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2004/c_268/c_26820041104de00140016.pdf)

## **Publikationen**

### **EUROSTAT Jahrbuch 2004 – der statistische Wegweiser durch Europa**

Das EUROSTAT Jahrbuch 2004 enthält Zahlenangaben über die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten, die Euro-Zone, den Europäischen Wirtschaftsraum sowie andere an vorderster Front stehende „Global-Players“.

Das Jahrbuch kann als PDF-Datei kostenlos abgerufen werden unter:

[http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?\\_pageid=1073,1135281,1073\\_1135295&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL&p\\_product\\_code=KS-CD-04-001](http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?_pageid=1073,1135281,1073_1135295&_dad=portal&_schema=PORTAL&p_product_code=KS-CD-04-001)

## **Internes**

Erstmals seit Bestehen des Salzburger Verbindungsbüros in Brüssel im Jahre 1992 unterstützt eine Landesbedienstete aus der Kulturabteilung, die Arbeit des EU-Büros des Landes Salzburg. *Sylvia Hittmair-Haller* hat am 15. November 2004 ihren Dienst in Brüssel angetreten und bleibt noch bis Anfang Dezember 2004. Im Rahmen ihres Aufenthaltes in Brüssel wird sie als Expertin des Landes Salzburg das Thema Kultur auf europäischer Ebene abdecken (u. a. Kulturministerrat in Brüssel, Fachausschuss im Europäischen Parlament, Gesprächstermine in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU, Seminare zum Thema Kultur in Europa etc.).

Wir danken *Sylvia Hittmair-Haller* sowie *Christian Straßgswandter*, die im Rahmen ihres Praktikums im Verbindungsbüro im Monat November 2004 an der Gestaltung des Extrablattes tatkräftig mitgearbeitet haben.



***Ausblick auf das nächste Extrablatt:  
Arbeitsbesuch der Landeshauptfrau in Brüssel  
Verkehrsministerrat in Brüssel  
Europäischer Rat am 17. Dezember 2004 - Thema Türkei  
Arbeitsprogramm der neuen EU-Kommission  
Ausblick auf die Luxemburgische Ratspräsidentschaft 2005  
Adventabend im Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU***

Impressum: Land Salzburg, Büro Brüssel, Rue Frédéric Pelletier 107, B-1030 Brüssel,  
T: +32 2 74 30 760, F: +32 2 74 30 761, E: [bruessel@salzburg.gv.at](mailto:bruessel@salzburg.gv.at)  
[www.salzburg.gv.at/themen/se/europa/kontakte/eu-vbb.htm](http://www.salzburg.gv.at/themen/se/europa/kontakte/eu-vbb.htm)

Redaktion & Bearbeitung:  
Mag. Michaela Petz, Dr. Joachim Fritz©  
Koordination:  
Magali Vlayen  
Redaktionsschluss: 30.11.2004